

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 2100 M.
postaus zahlbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Ost- und West-
preußen sowie Ostpreußen und
Litauen 11 100 M., für das übrige
Ausland 13 100 M. Postbestellungs-
preis 12 100 M. d. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Irland, Finnland, Frank-
reich, Holland, Dänemark, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einzeln.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 23. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction
der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 2

Anzeigenpreis:
Die einseitige Reklametexte
kosten 5000 M. Reklametexte 15 000 M.
„Kleine Anzeigen“ das festschriebene
Wort 1000 M. (zulässig zwei festschriebene
Wörter), jedes weitere Wort
500 M. Stellengruppe das erste Wort
500 M., jedes weitere Wort 400 M.
Wörter über 15 Buchstaben zählen
für zwei Wörter. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zeile 700 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Stinnes' Pfundgeschäfte.

Der Herr Generaldirektor vor dem Untersuchungsausschuß.

Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, die sich gestern mit den Devisenbedürfnissen des Stinnes-Konzerns beschäftigten, sind nach zwei Seiten hin charakteristisch geworden. Der Ton, den im besonderen der Direktor Minouge anschlug, entsprach durchaus der Gewöhnung unserer Schwerindustrie. In diesem Jargon ist sie schon unter dem alten Regime mit Ministern und Portiers umgesprungen. Wir bedauern, daß der Untersuchungsausschuß nicht noch energischer als er es getan hat sich dagegen verwahrt hat. Das andere Entscheidende ist, daß nunmehr feststeht: der Stinnes-Konzern hat nicht etwa nur einmal in der kritischen Zeit, da die Reichsregierung mühsam den Kurs der Mark hielt, große Posten Devisen gekauft, sondern er ist fortlaufend im Geschäft gewesen. Er hat immer ohne die Reichsbank, also im freien Markt gekauft. Interessant ist es in diesem Zusammenhang, daran zu erinnern, daß die Berichtigungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit Energie und Ueberheblichkeit zugleich abgestritten haben, daß Stinnes mit Devisenkäufen in jener Zeit überhaupt etwas zu tun gehabt habe.

Es muß auch unterstrichen werden, was der Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß ausgelegt hat, der eine bessere Kinderstube gehabt zu haben scheint, der Redakteur Defer von der „Frankfurter Zeitung“.

Für die Beurteilung der Devisengeschäfte des Herrn Stinnes ist ja nicht nur entscheidend, inwieweit er sich auf dem deutschen Markt betätigt hat; völlig im Dunkel ist der andere Devisenzufluß und die Devisenerwerbung geblieben, die aus seinem internationalen Geschäft erwachsen. Devisenoperationen aus jenen Anfällen mußten, wenn sie nicht in der Richtung der Stabilisierungspolitik der Reichsregierung lagen, ebenfalls verderblich wirken. Wie Stinnes aber zum Stabilisierungsbemühen Cunos stand, dafür ist der kurze Brief an Hermes ein verblüffend durchschlagendes Dokument.

Die von Stinnes in den Untersuchungsausschuß geschickten Herren hatten einen klug aufgebauten Schlachtplan. Es sollte eine Attacke gegen die Linkspresse und weite Kreise des Volkes geritten werden. Es ist daraus die Feststellung einer Herrenjagd, einer Jagd nach Devisen geworden, die rücksichtslos durch die kärglichen Felder des deutschen Volkes gegangen ist.

Am Freitag wurden im Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Vorgänge bei der Stützungsaktion der Mark Vertreter der Firma Stinnes und der Redakteur Defer von der „Frankfurter Zeitung“ vernommen. Generaldirektor Minouge polemisierte zunächst gegen die „Frankfurter Zeitung“ und erklärte, die Firma Stinnes hätte es unter ihrer Würde gehalten, auf die Vorwürfe zu antworten, wie es überhaupt werlos sei, die ganze Angelegenheit zu untersuchen. Da er sich in seinen weiteren Ausführungen sowohl über den Ausschuß als über seine Aufgabe abfällig äußert, wird er vom Vorsitzenden unterbrochen. Minouge erklärt weiter, die Firma Stinnes habe im März rund 48 000 Pfund Sterling, im April 128 000 Pfund Sterling, im Mai 224 000 Pfund Sterling Devisen am freien Markt gekauft. Einen erheblichen Vorrat habe sie nicht gehabt. Redner wendet sich nun zu dem Ankauf von 100 000 Pfund Sterling Mitte März. Dieser Bedarf sei entstanden durch die Eisenbahnen, die ihren Verpflichtungen nicht hätten nachkommen können. Am 12. April seien 60 000 Pfund Sterling gekauft, kurz nach der amtlichen Kursfestsetzung. Die Firma hätte sie ohne Aufsehen bei drei oder vier Banken zu beschaffen gesucht. Das Verhalten der Firma Stinnes sei nicht auffällig gewesen, denn sie habe immer am freien Markt gekauft, niemals bei der Reichsbank. Ueber das Wie und das Wo der Stützungsaktion konnte man verschiedener Meinung sein. Im März habe Hugo Stinnes dem Finanzminister Dr. Hermes gegenüber seinen Standpunkt ziemlich genau präzisiert. Der Zeuge verliest einen Brief von Stinnes an Dr. Hermes, in dem es heißt: „Ich habe gegen die Art der Devisenpolitik und der Dollarkontrahierung so außerordentliche Bedenken, daß es das Neueste ist, was von mir erwartet werden kann, daß ich nicht gegen diese Maßnahmen aufträte. Es kostet mich schon erhebliche Ueberwindung, da ich nicht gewohnt bin, auf Ihre Anfrage mit meiner Meinung zurückzuhalten.“

Redner wendet sich dann wiederum in herausfordernder Weise dauernd gegen die „Frankfurter Zeitung“ und ruft damit erhebliche Unruhe bei den Ausschußmitgliedern hervor. Nach Beendigung seiner Vernehmung erklärt der Vorsitzende Lange-Hegermann, daß der Zeuge sich von seinem eigentlichen Gegenstand weit entfernt habe und eine abfällige Polemik beliebt. Er ersuche dringend, diese Polemik einzustellen.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder zogen sich die Ausschußmitglieder daraufhin zurück, um in einer internen Sitzung weiter zu beraten. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung bittet der Vorsitzende erneut, den Boden der Sachlichkeit nicht zu verlassen.

Hugo Stinnes jr. macht sodann Angaben über die Devisengeschäfte der Hamburger Firma Stinnes, die nur Details betreffen. Redakteur Defer bemerkt zu den Angaben des Herrn Direktor Minouge, es sei ungewöhnlich, daß ein Haus von dieser Bedeutung in Berlin und anderwärts dauernd in Devisen glatt ist und dabei in sehr bedeutendem Umfang neue Geschäfte und größere Erwerbungen macht. Vielleicht werden diese neuen Geschäfte so gemacht, daß Valuta, die für den Betrieb übrig war und eigentlich für den Betrieb hätte da sein sollen, zu früh oder zu spät in neue Geschäfte gesteckt worden ist, so daß sie nachher gefehlt hat. Es scheint auch, als ob alle oder viele der in Valuta einkaufenden Ueberflüsse schleunigst im Auslande angelegt wurden. Wenn die Firma Stinnes in der geschilderten Weise vorgeht, so wirkt das natürlich auf weite Kreise ein und reizt zur Nachahmung. Minouge's Artikel hat sich keineswegs auf die Firma Stinnes allein bezogen. Von anderen Stellen sind ja auch Erklärungen abgegeben worden, die zur Entlastung dienen sollten. Die Frage ist, ob denn nicht die Reichsbank in der Lage ist, auszusagen, wie jene Nachfrage der Firma Stinnes auf sie und auf den Markt gewirkt hat. Es ist ferner festzustellen, welche Geschäfte besonderer Art von Stinnes um diese Zeit gemacht worden sind, die gegen die Wünsche der Reichsbank errichtet waren. Eingeweihte Kreise wissen, daß

der freie Verkehr der Devisenkontrolle der Reichsbank außerordentliche Schwierigkeiten macht und zu Preisverbreitungen führt.

Harmlos ist der freie Verkehr nicht, harmlos war es gewiß auch nicht, wenn eine Firma von diesem Range in der kritischen Zeit plötzlich einen großen Betrag unter Umgehung der Reichsbank

und ohne Benachrichtigung der Privatstellen zu kaufen versucht. In der Fragestellung, die sich an diese Auslagen knüpfte, betonte Direktor Gleimius von der Devisenkontrollstelle und Herr Sedel, Leiter der Devisenbeschaffungsstelle, daß das Vorgehen der Firma Stinnes Unruhe in den Markt hineinbringen mußte.

Durch die weitere Besprechung ergab sich, daß die Firma Stinnes immer wieder eifrig im Devisengeschäft tätig gewesen ist. Es sind keine kleinen Summen, wenn sie Posten, wie etwa 55 000 Pfund auf Termin kauft. Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses haben diesmal hinter Zusammenhänge geleuchtet, die zeigen, wie weit die Macht der privaten Wirtschaft auch zur Durchkreuzung von Staatsmaßnahmen strupellos angewandt wird.

Die Phönixkredite.

Der vom Reichstag eingeleitete Ausschuß zur Prüfung der Phönixkredite verhandelte am Freitag über die Gewährung von Krediten an die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets. Hierbei kam auch die der Phönix-L.-G. drohende Ueberfremdung durch den beabsichtigten Abschluß eines Darlehensvertrages mit einem holländischen Finanzkonfortium zur Sprache. Der Ausschuß stimmte der beantragten Erhöhung des Staatsfinanzkredits unter der Voraussetzung zu, daß der Vorstand der Phönix-L.-G. vor Inanspruchnahme des Kredits dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister erklärt, daß er von der Generalversammlung Phönix durch die holländische Transaktion eine Ueberfremdung ausschließen und die Rechte der deutschen Aktionäre wahren läßt; und ferner unter der Voraussetzung, daß der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister sich davon überzeugt haben, daß bei der Transaktion Steuerhinterziehung oder Kapitalflucht ausgeschlossen ist.

Die neue Devisenverordnung.

Der Reichspräsident hat auf Grund § 48 der Reichsverfassung heute folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Gegen Reichsmark und Wertpapiere jeder Art, die auf Reichsmark lauten, dürfen im Inland und Ausland nur solche Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung (§ 1, Abs. 2, 3 der Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai 1923, Reichsgesetzbl. I, Seite 275) erworben oder veräußert werden, für die eine amtliche Notierung in Berlin stattfindet. Der Erwerb oder die Veräußerung ist nur zu dem amtlichen Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses, und zwar zu dem Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischenliegenden Kurse zulässig.

Eine amtliche Notierung wird lediglich dann als vorliegend angesehen, wenn in der betreffenden Währung am Tage des Geschäfts eine amtliche Notierung des Kurses der Auszahlung stattfindet. An Tagen, an welchen eine amtliche Notierung der Auszahlung nicht stattfindet, dürfen in der betreffenden Währung Geschäfte nicht abgeschlossen werden.

Der Kurs für Auszahlung ist auch für Geschäfte in Banknoten maßgebend, wenn für Banknoten kein besonderer amtlicher Kurs notiert wird. Wird ein solcher besonderer Kurs notiert, so gilt er lediglich für Geschäfte in Banknoten.

Im Kleinverkehr sind Umsätze bis zu 5 Pfund Sterling oder dementsprechenden Beträge in einer anderen Währung auch zum letztbekannten amtlichen Kurse zulässig.

Diese Vorschriften finden auf Geschäfte, die mit der Reichsbank abgeschlossen werden, keine Anwendung.

§ 2. Geschäfte, die gegen die Vorschriften des § 1 verstoßen, sind nichtig. Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäftes nicht kannten.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zum Fehrsachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich zu einer solchen Zuwiderhandlung auffordert, anreizt oder sich erbietet. Neben der Strafe können die ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören. Erweist sich die Einziehung als nicht durchführbar, so kann das Gericht nachträglich durch Beschluß die Einziehung des Wertes anordnen.

Der Feststellung des Wertes der Zahlungsmittel und Forderungen ist, soweit eine amtliche Kursnotierung an der Berliner Börse erfolgt, der mittlere Kurswert dieser Börse im Zeitpunkt der verbotenen Handlung zugrunde zu legen.

Ferner kann angeordnet werden, daß die Beurteilung auf Kosten der Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist. Die Bekanntmachung kann auch durch Anschlag gemäß Artikel 111, § 2 des Reichsgesetzes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesetzblatt I, S. 47) erfolgen.

§ 4. Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen und zu bewilligen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der Reichspräsident: Ebert.

Gegengezeichnet: Der Reichstanzler: Cuno.

Beratung sämtlicher Gewerkschaften.

Gestern hatten die Spitzenverbände der freien, christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften an Hand der vorliegenden Pläne eine gemeinsame Besprechung über den Weg zur Schaffung werbeständiger Löhne und Gehälter. Es ergab sich Einigkeit auch über die taktische Behandlung der Frage. Heute findet eine Erörterung dieser Spitzengruppen mit den Unternehmern in der Zentralarbeitsgemeinschaft statt.

Die neuen Steuerabzüge.

Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde bekanntlich im Steuerauschuß des Reichstages gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien eine fünfsache Erhöhung der Abzüge von der Lohnsteuer beschlossen. Die Einzelabzüge sind unseren Lesern in ihrer Höhe bereits bekanntgegeben. Ihre Auswirkung auf die Gehälter bzw. Löhne gestaltet sich wie folgt:

Es bleiben vom 1. Juli 1923 ab bei einem unverheirateten Arbeitnehmer monatlich 560 000 M., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder monatlich 620 000 M., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern monatlich 1 420 000 M., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit vier Kindern monatlich 2 220 000 M., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit sechs Kindern monatlich 3 020 000 M. des Arbeitslohnes steuerabzugsfrei. — Die vom Arbeitslohn einzubehaltenden Steuerbeträge sind in allen Fällen auf volle 10 M. nach unten abzurunden.

Abgesehen von diesen ziffernmäßigen Änderungen ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Eintragungen, die von der Gemeindebehörde oder von dem Finanzamt auf dem Steuerbuch hinsichtlich der Zahl der bei den einzelnen Arbeitnehmern zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht sind, gebunden.

Schnjucht nach dem Abreel. In Nordbalkanien ist Revolution. Südlawische Truppen sind in die Flucht geschlagen. Aufständische rücken auf Stutari vor. Ziel ist der Sturz der Regierung in Tirana und Wiedererhebung des Fürsten Wied (des einstigen „Kret“) auf den Thron. Die südlawische Presse sieht die Vorgänge als Folge des bulgarischen Staatsstreichs an.

Beschützer des Lockspitzels.

Auf unsere Feststellung, daß Held Schlageter ein simpler Polenspieler gewesen ist, antwortet die deutsch-nationale Presse mit wüsten Schimpfereien. Das war nicht anders zu erwarten. Immerhin ist interessant, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in der Hitze des Gefechts unsere Behauptung indirekt bestätigt. Sie erklärt zwar großspurig, bis zum wirklichen Beweise, daß Schlageter in verräterischer oder agitatorischer Absicht Dokumente verkauft habe, sei heute mit wichtigeren Dingen beschäftigt, als mit solchen Papalien. Genosse Endres erklärte, daß neun Zehntel des bayerischen Eisenbahnpersonals für die Einführung der Einheitsuniform seien, und bezeichnete den Antrag als ein weiteres Glied in der Kette der Angriffe auf die Reichseinheit. Der Handelsminister bestätigte, daß tatsächlich die überwiegende Mehrheit der Organisationen des Personals aus praktischen Rücksichten sich für die Einheitsuniform ausgesprochen hätten. Bei dieser Sachlage könne die Regierung schwer etwas dagegen einwenden. Trotzdem wurde der Antrag mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Wir gehen wohl mit der Annahme nicht fehl, daß die „Deutsche Tageszeitung“ genau weiß, daß Schlageter die Rolle eines Lockspitzels gespielt hat. Nach außen hin hat das wohl einen „bösen Anstrich“, zeugt aber nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ von hoher „sittlicher Kraft“. Auch ein Beitrag zur Moral der deutsch-nationalen Prozentpatrioten.

Der passive Widerstand.

Die Auswirkung der Versuche im Ruhrgebiet, einen aktiven Widerstand zu ermöglichen, haben unsere „nationalen Kreise“ immer noch nicht zur Vernunft gebracht. Trotz der zahlreichen Ausweisungen und Verhaftungen, die regelmäßig einem Dynamit-Attentat folgten, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Der aktive Widerstand ist als Akt deutscher Notwehr gegen erbärmlichen Raub und Diebstahl der Eindringlinge genau so aus der Tiefe der Volksseele emporgequollen, wie es beim passiven Widerstand der Fall ist, er ist ebensowenig wie der passive Widerstand von Berliner Behörden organisiert und bezahlt... Gerade jetzt, da die Entscheidung nahe, wäre es ein verbrecherischer Leichtsin, wenn wir die Waffen des aktiven Widerstandes aus der Hand legten...“

Die Behauptung, der aktive Widerstand sei aus der „Tiefe der Volksseele emporgequollen“, ist genau so verlogen wie die Feststellung, die aktive Abwehr sei nicht organisiert und bezahlt. Die Brücken- und Schienen Sprengungen im Ruhrgebiet sind nur von organisierten Abenteurern vorgenommen worden, weil sie bezahlt wurden. Vielleicht läßt sich die „D.A.Z.“ in Elberfeld darüber Auskunft geben, wer, wie jetzt festgestellt ist, im Mai 49 Sprengungen innerhalb der Grenze des Ruhrgebietes vorgenommen hat und welcher Abenteurer sie organisierte. Die Arbeitererschaft als Trägerin des Abwehrkampfes verwarf sich entschieden gegen die Propaganda für den aktiven Widerstand, weil sie bemüht ist, nach wie vor passive Resistenz zu üben. Unter diesen Umständen ist die Bezeichnung des aktiven Widerstandes als Notwendigkeit genau so verbrecherisch wie die Dynamit-Attentate selbst.

Bruchsal, 22. Juni. (M.B.) In diesen Tagen traten hier die berufenen Vertreter der Rheinpfalz in Anwesenheit des Sonderbeauftragten der bayerischen Staatsregierung, Dr. v. Winterstein, und des Staatskommissars für die Pfalz, Geh. Rat Dr. Wappes, zusammen. Die Ansprache, die von tiefem väterländischen Empfinden getragen war, ergab den einmütigen Beschluß, an dem bisherigen passiven Widerstande unter allen Umständen festzuhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß den Pfälzern noch weitere Opfer von ihren Feindern zugemutet würden. Der Verlauf der Verhandlung bewies von neuem, daß die Pfälzer in ihrer Treue zum Reich und zu Bayern durch nichts wankend gemacht werden können. Anwesend waren Vertreter sämtlicher Parteien, der Gewerkschaften, Vertreter von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, von Beamten, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Tagung der deutschen Volksbühnen.

Im Stadtkonferenzsaal des Potsdamer Schlosses, dem ehemaligen Theatersaal höfischer Kunst, begann gestern die 4. Reichstagung der Deutschen Volksbühnen-Vereine unter Teilnahme von etwa 100 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands.

Kurt Baake, der Vorsitzende des Verbandes, zog in seiner Eröffnungsrede die Aufmerksamkeit auf die Aufgaben der Volksbühnengemeinschaft als im wesentlichen abgeschlossen betrachtet werden könne, während die heutigen Aufgaben der Konsolidierung im Innern und der literarischen Führung gelte. Auch das Ausland, Holland, die Schweiz, Amerika achtet auf deutsche Volksbühnenarbeit, durch die das Volk seinen Anteil an den künstlerischen Werten erhalten solle. Geheimrat Trendelenburg, der die Tagung im Namen des Ministeriums begrüßte, rühmte die große innere Kraft der Volksbühnenbewegung. Ein Vertreter des Potsdamer Magistrats sprach von der Anerkennung, die die Volksbühne bei den großen Kulturorganisationen fände. Sodann erbat er die Rekrutierung des Geschäftsberichts, der die außerordentlich starke Zunahme der Volksbühnengemeinde schilderte. Gegenwärtig seien bereits etwa 100 Organisationen dem Verbands angegeschlossen. In zahlreichen anderen Städten beständen Gründungsausschüsse. Besonders sei die Bewegung sehr stark im Rheinland, Ruhrgebiet, in Ober- und Niederschlesien und in Schleswig-Holstein. Numerisch vorgeht seien vor allem Chemnitz, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Hannover, Breslau. 350 000 Mitglieder im Reich vereinigen sich mit 150 000 Anhängern in Berlin. In Königsberg habe man neuerdings das Stadttheater in Pacht genommen. In Köln habe sich eine G.n.b.h. mit Unterstützung der dortigen freien Volksbühne gebildet, die das Metropolitantheater an 20 Tagen im Monat übernommen habe. Die Zeitschrift des Verbandes erfreue sich steigender Beachtung. Besonders wichtig war die Mitwirkung des Verbandes an der Gesehgebung, so bei den Vorbereitungen der Landessteuererhebung. Der Verband sei sich seiner grundsätzlichen Gegnerschaft zum christlichen Bühnenvolksbund bewußt. Doch fand eine Zusammenarbeit in rein technisch-organisatorischer Beziehung statt. Derselbe seien die Gegenstände zwischen den freien Volksbühnen und den Theatergemeinden des Bühnenvolksbundes oft scharf. Die Durchführung der Landesbühnenorganisation sei trotz mancher Erfolge vielfach nicht in der Weise möglich wie ursprünglich geplant. Man müsse unermüdet weiterarbeiten, um vor allem literarische Erziehungswirkung zu leisten, damit nicht nur ein Theater für das Volk, sondern ein Theater des Volkes entstehe.

Den Kassenbericht erstattete Architekt Seilgens, der die Notwendigkeit zur Schaffung vermehrter Einnahmen aus eigener Kraft betonte.

In der Diskussion erklärte zunächst der Direktor von Mühlhausen in Thüringen den Anschluß seiner Organisation an den Verband. Mehrere Delegierte von Frankfurt a. M., Köln, Hildesheim usw. wandten sich scharf gegen die Tätigkeit des Bühnenvolksbundes und die Haltung des Verbandes in dieser Frage. Prof. Rehn-

Das Reservatblau.

Bayerns Kampf gegen die Reichseinheit.

München, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag befaßte sich am Freitag mit einem Antrag der Regierungsparteien, der sich gegen die Einführung der Reichs-Eisenbahnuniform in Bayern und für die Beibehaltung der blauen bayerischen Uniform ausspricht. Von Rednern der Sozialdemokratie und der Demokratie wurde darauf hingewiesen, daß man sich heute mit wichtigeren Dingen beschäftigen sollte als mit solchen Papalien. Genosse Endres erklärte, daß neun Zehntel des bayerischen Eisenbahnpersonals für die Einführung der Einheitsuniform seien, und bezeichnete den Antrag als ein weiteres Glied in der Kette der Angriffe auf die Reichseinheit. Der Handelsminister bestätigte, daß tatsächlich die überwiegende Mehrheit der Organisationen des Personals aus praktischen Rücksichten sich für die Einheitsuniform ausgesprochen hätten. Bei dieser Sachlage könne die Regierung schwer etwas dagegen einwenden. Trotzdem wurde der Antrag mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Verfolgte Unschuld.

München, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Böttische Beobachter“ spricht heute in großer Aufmachung von einem neuen „Schweyer-Scandal“, der angeblich darin besteht, daß ein Telefongespräch zwischen dem nationalsozialistischen Führer Effer und einem Augsburger Parteimitgliede von amtlicher Stelle beaufschlagt worden sei. Auf Grund dieses Gespräches, dessen Inhalt absolut niemand bekannt gewesen sei, hätte Effer am Donnerstag in einer geschlossenen Mitgliederversammlung sprechen sollen. Bei seiner Ankunft am Augsburger Bahnhof wurde er von einem Kriminalschumann in Empfang genommen und darauf hingewiesen, daß ihm verboten sei, in Augsburg zu sprechen. Von der zuständigen Stelle wird ferner, daß von München aus keine Telephonüberwachung stattgefunden habe. Ein solcher Eingriff könne also, wenn er überhaupt stattgefunden habe, nur von Seiten der lokalen Behörde in Augsburg vorgenommen worden sein. Untersuchung darüber sei im Gange.

Ueberfall auf den Vizepräsidenten der Handelskammer.

München, 22. Juni. (M.) Vergangene Nacht wurde der Vizepräsident der Münchener Handelskammer, Kommerzienrat Sigmund Fraenkel, bei der Heimkehr von einer Reihe von mehreren Leuten mit dem halbkreuzabzeichen nach vorausgegangenem Beschimpfung überfallen und mit einem Schlägeisen blutig geschlagen; auch schwere Bedrohungen wurden ausgesprochen. Einer der Täter ist festgenommen worden. Es besteht die Aussicht, die anderen Teilnehmer des rohen Ueberfalls zu ermitteln.

Der neue Saarzwangulak.

Saarbrücken, 22. Juni. (M.B.) Die abgeänderte „Schuß“-Verordnung bestimmt u. a.: Wer durch Druckschriften oder in öffentlichen Versammlungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die im Saargebiet durch den Vertrag von Versailles geschaffene Ordnung angreift, wird gemäß § 18 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 bestraft; ebenso wer 1. die Saar-Regierung, ihre Mitglieder oder ihre Einrichtungen oder Beamten beschimpft oder verleumdet, 2. Wer die verschiedenen Teile der Saarbevölkerung, welcher Staatsangehörigkeit sie auch sein mögen, gegeneinander aufreizt oder aufzureizen versucht. Derartige Druckschriften können beschlagnahmt werden. Gegen den Beschluß des Landgerichts, welcher die vorläufige Beschlagnahme verfügt, steht der Staatsanwaltschaft sofortige Beschwerde zu, durch deren Einreichung die Beschlagnahme nicht gehindert wird. Verbreitung aller Druckschriften, die außerhalb des Saargebietes erscheinen, kann verboten werden. Veröffentlichung, Verkauf und Verbreitung von Druckschriften jeder Art, welche innerhalb des Saargebietes erscheinen, kann bis zu einem Monat verboten werden, wenn ein Artikel obigen Inhalts erfüllt. Das Verbot kann auch auf jede neue Druckschrift ausgedehnt werden, die sich sachlich als die verbotene darstellt. Öffentliche Versammlungen, welche offenbar zum Zweck haben, die Verhältnisse der Saarbevölkerung, können vom obersten Polizeidirektor (des Franzosen Gebietes) verboten werden, ebenso Vereinigungen, die einen derartigen Zweck verfolgen.

berg hat, keinen Richtungsstreit zu entfachen, sondern sich mehr den Aufgaben der eigenen Leistungen zuzuwenden. Das Ergebnis der heutigen Debatte dürfte die Einsetzung einer Kommission zur Behandlung dieser Frage sein.

Neue Vertragsverhältnisse bei der Staatsoper. Die Intendanz der Staatsoper teilt folgendes mit: „Durch Presseäußerungen auf Grund direkter Fühlungnahme mit Mitgliedern ist in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden, als ob eine Reihe führender Mitglieder der Staatsoper aus dem Verbands als Mitglieder ausgeschlossen und nur noch in einem Gastspielverhältnis zum Institut verblieben. Tatsächlich ist dies nicht der Fall, sondern die Intendanz hat nur eine schon seit Monaten eingeleitete Reorganisation der Vertrags- und Gegenverhältnisse der Mitglieder zum Abschluß gebracht, welche in der Hauptsache eine wesentliche finanzielle Aufbesserung und eine wertbeständige Basis ihrer Einkommen zum Hauptzweck hat. Bei denjenigen ersten Kräften, welche bereits zu internationaler Bedeutung gelangt sind und denen daher billigerweise die Möglichkeit zu auskömmlichen Gastspielen und Tourneen gegeben werden muß, werden nicht wie früher die Urlaubszelten, sondern die Anwesenheitszeiten festgelegt und es tritt an die Stelle der Zahlung einer besonderen Gage neben dem Spielgeld lediglich die abendliche Honorierung, ein Verfahren, das auch bei anderen ersten Bühnen mehr und mehr Eingang findet. Es handelt sich also lediglich um interne Umgestaltungen verwaltungsmäßig und technischer Art, ohne daß sich an dem Zugehörigkeitsverhältnis des Mitgliedes zum Institut etwas ändert. Wenn Mitglieder diese neuen Verträge, die schon seit Beginn der Spielzeit angebahnt worden sind, selbst als sogenannte „Gastspielverträge“ bezeichnen, so ist dies eine irrtümliche Auffassung, die darauf beruht, daß die Mitglieder durch das im übrigen spontane Entgegenkommen der Intendanz größere Freiheiten für ihre auswärtige Tätigkeit — und bei dieser handelt es sich um Gastspiele — erlangen. Die Intendanz denkt nicht daran, gewaltsamen Versuchen von Mitgliedern, sich ihrer Vertragspflichten ganz oder zum Teil zu entziehen, nachzukommen, und findet sich zu Vertragsänderungen irgendwelcher Art nur bereit, wenn dies mit den Interessen des Instituts zu vereinbaren ist.“

Ankäufe der Rotgemeinschaft deutscher Kunst. Die Rotgemeinschaft deutscher Kunst, die mit der Bemittlung einer Willkür für ihre Zwecke durch den Reichstag endlich hat begründet werden können, hat nun auch ihre praktische Arbeit begonnen. Eine Reihe von deutschen Kunstausstellungen wurde mit Erwerbungen aus den Mitteln der Rotgemeinschaft bedacht. So erwarb die Rotgemeinschaft auf der eben geschlossenen Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste: von Otto H. Engel das Bild „Abendlänge“, von Nora Hübner ein Stillleben „Amarillis“, von Felix Meißel eine Landschaft, von Max Neumann eine Landschaft „Die Mondnacht“, von Wolf Köhler ein Stillleben mit Rosen, von Wilhelm Schmid ein Blumenstillleben, von Fritz Fischer-Breslau ein Bild von der Pante, von Alfred Loh ein Stillleben, endlich von Wilhelm Gersel eine Bronzeplastik „Mädchen mit Apfel“. Die Kunstwerke sind für den Schmus-

Saardebatte in Paris.

Paris, 22. Juni. (E.P.) Die Kammer hat eine Vorlage über den Ausbau der Zollbahnhöfe an der deutsch-saarländischen Grenze (80 Millionen Francs Kredit) angenommen. Abg. Margaine tabelte die bis jetzt von Frankreich im Saargebiet befolgte Politik, die ein Irrtum gewesen sei. Abg. Cahin erklärte, daß die Saarbevölkerung den französischen Verwaltungsmethoden feindlich gesinnt sei. Er protestierte gegen das Streikverbot. Handelsminister Le Trocquer machte darauf aufmerksam, daß der Kohlenarbeiterstreik einen Tag nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Grubenvorwaltung und den Arbeitern ausgebrochen sei. Die ergriffenen Maßnahmen hätten nur bezweckt, die Arbeitsfreiheit zu wahren. Der Berichterstatter Genoil erklärte, daß durch die Einführung des Frankenturses im Saargebiet dieses dem gleichen wirtschaftlichen Regime unterstellt worden sei wie Frankreich. Er hoffe, daß binnen 11 Jahren die Saarbevölkerung die Aufrechterhaltung des Zollfordons, der bald errichtet werde, fordern werde.

Völkerbund und Saargebiet.

Saarbrücken, 22. Juni. (M.B.) Zu Beginn der Ruhraktion hatte die Saargebietregierung den in ihrem Dienst stehenden Chef des Oberbergamts Saarbrücken, Berghauptmann Franzen, angeblich beurlaubt, damit er einen Posten im Ruhrgebiet annehmen konnte. Gegen diese Verletzung der Neutralität hatten sowohl die politischen Parteien des Saargebietes wie auch die deutsche Regierung beim Völkerbundsrat Protest erhoben. Wie aus der jetzt veröffentlichten Nummer des „Journal Offizielle“ des Völkerbundes hervorgeht, hat der Völkerbundsrat die Regierungskommission des Saargebietes im Falle Franzen interpelliert. Präsident Rault hat daraufhin mitgeteilt, daß Franzen seine Tätigkeit bei der Regierungskommission nicht mehr aufnehmen wird. Damit ist der Fall erledigt.

Aus der Tatsache der Rückfrage des Völkerbundsrates bei der Saargebietregierung ergibt sich, daß auch beim Völkerbund wegen dieses Vorgehens der Saargebietregierung Bedenken bestanden. Die Proteste der deutschen Regierung und der saarländischen Parteien haben ihren Zweck erreicht.

Hardings Rede.

Unsere Abendblatt-Nachrichten über die Rede Präsident Hardings in St. Louis werden durch folgenden Bericht ergänzt:

New York, 22. Juni. (E.P.) In seiner Rede in St. Louis erklärte Harding im besonderen noch folgendes: „Ich werde alle von mir übernommenen Verpflichtungen aufrechterhalten, ich werde aber jeden Plan von Allianz oder Kompromisspolitik als politisch unklug, als untraditionell und als unamerikanisch ablehnen. Ich begünstige von ganzem Herzen eine Gesellschaft freier Nationen, die vom Gefühl des Rechts und der Gerechtigkeit anstatt von Gewalt und Selbstsucht regiert werden. Eine solche Gesellschaft muß so organisiert sein, daß sie den Frieden aufrechtzuerhalten imstande wäre. Wir bestehen auf den Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgericht, weil dies die einzige Friedensagentur ist, der wir beitreten können, ohne unsere Prinzipien und unser nationales Wohlergehen zu gefährden. Es war immer unser größter Wunsch, den Triumph der Demokratie über die Autokratie und die Erziehung der monarchistischen Herrschaft durch das Volksrecht zu begünstigen. Daher kommt unsere lebhafteste Hoffnung, daß zu Bedingungen, die wir nicht angeben wollen, in Europa eine gerechte Lösung aller gegenwärtigen Konflikte gefunden werden müsse und dem heldenhaften und demokratischen Frankreich die Genugtuung verschafft werde, die ihm zukommt. Deutschland möge seine Verpflichtungen in der Reparationsfrage einhalten. Möge die deutsche Demokratie durch ihr Betragen den Sinn für die nationale Ehre befeuern, den die Monarchie nicht gehalten hat, und nachher im internationalen Schiedsgerichtshof seinen ihm reservierten Platz einnehmen.“ Harding kritisierte sodann die gegenwärtige Organisation des Völkerbundes, wobei er besonders forderte, daß der Gerichtshof vom Völkerbund unabhängig sei.

Öffentlicher Gebäude des Reichs und der deutschen Staaten bestimmt. Des weiteren hat die Rotgemeinschaft ein Viertel der ihr zur Verfügung stehenden Gelder für Materialbeschaffung für die Künstler ausgemerzt, da die heute ungeheuerlich steigenden Kosten für den Künstlerbedarf die Produktion schwer gefährden.

Marconis neueste Entdeckung. Marconi, der von seiner ausgedehnten italienischen Kreuzfahrt an Bord seines Schiffes „Elettra“ nach London zurückgekehrt ist, erklärte den ihm begründeten Interviewern, daß seine Versuche ein ganz unerwartetes Ergebnis gehabt hätten. Er behauptet, daß es ihm jetzt möglich sei, von einer Station zur anderen auf direktem Wege funktentelegraphische Nachrichten zu senden, die sich bis jetzt, wie man weiß, konzentrisch verbreiteten, so daß sie von jedem Empfänger, der sich im Radius der Wellen befand, aufgefangen werden konnten. Marconi glaubt auch auf dem Wege zu sein, eine bedeutsame Verbesserung im Uebermittlungsvorgang zu bewirken, die geeignet ist, das absolute Geheimnis der funktentelegraphischen Uebermittlung zu wahren. Ueber die Einzelheiten seiner neuen Entdeckung verbreitete er sich in folgenden Erklärungen: „Wir haben Nachrichten bis zu einer Entfernung von mehr als 3500 Kilometer blitzschnell und unbedeutend deutlich übermittelt, und zwar mit einem ganz geringen Aufwand von Energie. Es handelt sich in Wahrheit nur um einen Bruchteil der Energie, die für die Sendung von Nachrichten von London nach Paris bei dem üblichen Verfahren verbraucht wird. Das ist schon aus dem Grunde sehr wichtig, weil dadurch die Kosten für den Bau der Sendestationen auf lange Entfernungen wesentlich herabgesetzt werden. Ein weiterer Vorteil ergibt sich aus dem Umstand, daß mit gut konstruierten Apparaten die Nachrichten siebenmal schneller als jetzt übermittelt werden können, ohne daß die Genauigkeit der Uebermittlung darunter leidet, mit anderen Worten, es ergibt sich auch hier ein siebenmal höherer Ertrag. Demzufolge würde auch der Preis der Radiotelegramme bedeutend herabgesetzt werden können.“

Armer Chopin. Was hat für Epigonen! Paderewski, der gemeinsame polnische Staatspräsident, gab in Paris ein Konzert für die Entwicklung des Gistgasstranges zugunsten der französischen Gistgasindustrie! Wäre waren schließlich für Geld nicht mehr zu haben. Paderewski will noch mehrere Konzerte für die Entwicklung der chemischen Laboratorien zur Erzeugung von Gistgas geben. Das Protektorat über diese Konzerte haben Poincaré und Foch übernommen.

Nationalgalerie. Als nachträgliche Ehrung zum 75. Geburtstag Karl Hagemeisters bereitet die Nationalgalerie eine Ausstellung von Werken des Meisters vor. Es handelt sich vor allem darum, der Öffentlichkeit die noch wenig oder gar nicht bekannten großen Landschaften und Meerbilder Hagemeisters aus der letzten Epoche seines Schaffens zu zeigen, die im ersten Corneliusaal angeordnet werden sollen.

„Der Parthenon“ eröffnete eine graphische Ausstellung des Frauenfunkverbandes.

Die Gesellschaft der deutschen Naturforscher und Ärzte vergibt 220 000 M. (aus den Ueberflüssen der Jahrhundertfeier usw.) an jüngere Forscher, die an nicht dotierten Instituten arbeiten. — Begründete Gesuche in 4 Exemplaren sind zu richten an die Geschäftsführung der Gesellschaft z. Hd. von Prof. Dr. A. Rastow, Leipzig, Rämbergstr. 42.

Dramatische Landtagsitzung.

Baekers Genugtuung. — Innerdeutsche Justizskandale.

Im Bundtag sprach am Freitag nach den schon mitgeteilten Reden als letzter Redner zum Haushalt des Staatsministeriums

Ministerpräsident Genosse Braun:

Der Abgeordnete Baeker hat von mir verlangt, daß ich ihm gegenüber dem Innenminister Genugtuung verschaffe. Ich bin dazu nicht in der Lage. In der „D. Tagesztg.“ stand eine Notiz, in der es u. a. heißt: „Organe des Herrn Seeding tragen schon das Kainszeichen des Stechbrieffs an der Stirn, der Schlageter den Franzosen auslieferte!“ Diese Notiz war es, die der Minister des Innern gemeint hat; sie ist unterzeichnet: P. B., wohl Paul Baeder. Solange Sie, Herr Baeder, nach diesen Erörterungen und nach Freistellung der Tatsachen noch nicht einmal Gelegenheit genommen haben, hier im Hause oder in Ihrem Blatte dem Minister des Innern Genugtuung zu verschaffen, haben Sie jede moralische Berechtigung zu Ihrem Verhalten verwirkt! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) — Damit schließt die Aussprache. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung der preussischen Gefängnisse in Dresden und München wird abgelehnt.

Bei der Beratung des Finanzsetats wird ein sozialdemokratischer Antrag, die Hohenzollern-Schloßer zu Entbindungsanstalten usw. umzugestalten, abgelehnt!

Bei der dritten Beratung des Handfassetats führt

Genosse Osteroth

u. a. aus: Von der zweiten Beratung des Handels- und Gewerbehaushalts, in der wir die Bilanz der Ruhrbelegung zogen, trennen uns nahezu vier Monate. Damals hat niemand geglaubt, daß wir den Widerstand solange fortsetzen könnten. Wir dürfen zugelassen, ohne daß darin eine Anerkennung einer Schwäche zu suchen ist, daß unser Wirtschaftskörper heute aus tausend Wunden blutet, der französische Wirtschaftskörper aber auch. Wir haben seit der Ruhrbelegung einen Kohlenausfall von nahezu 40 Millionen Tonnen gehabt. Hoffentlich werden die Franzosen daraus die Lehre ziehen, daß man nicht diktieren kann, sondern verhandeln muß. Unsere Verhandlungsbasis ist besser als je zuvor, und weil wir noch Kräfte haben, weil wir — eine vernünftige Politik vorausgesetzt — noch monatelang an Rhein und Ruhr standhalten können, darum dürfen wir über den passiven Widerstand und über die Bedingungen, unter denen wir ihn vielleicht einstellen können, reden. Es darf jedenfalls das nicht geschehen, was vor mehr als vier Jahren geschah, daß das „zu spät“ konstatiert werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir bekennen heute: wir können

über Konfessionen reden,

die uns dann gemacht werden müssen, wenn wir den passiven Widerstand aufgeben.

Wir glauben, den französischen Machthabern eine Lektion erteilt zu haben. Nach der furchtbaren Lehre durch den passiven Widerstand ist

unsere Lage für Verhandlungen heute günstiger

als je zuvor.

Während der Abwehrzeit sind viele Fehler gemacht worden. Unseren Antrag, die unbedingt notwendige Kohlenzufuhr unter öffentliche Kontrolle und in die öffentliche Hand zu nehmen, hat die bürgerliche Mehrheit abgelehnt. Was ist die Folge? Wir haben bis heute annähernd 8 Millionen Tonnen englischer Kohle eingeführt und die kostet heute 700 000 M., fast den dreifachen Inlandspreis. Man hat sich auf lange Frist, im Preise freibleibend, in der Abnahme aber gebunden, eingebunden, und sogar der Reichsverkehrsminister hat in der Panikstimmung für ferne Zeiten hinaus, bis Anfang Dezember, zu außerordentlich ungünstigen Preisen abgeschlossen. Es sind nicht weniger als

8 Millionen Pfund für Kohle hinausgeworfen

worden. Das ist keine Wirtschaftsführung.

Weiter hat der Stroh gegen die stabilisierte Mark jede vernünftige Lohnpolitik über den Haufen geworfen. In dem Augenblick, wo wir wertbeständige Löhne haben, hört das Interesse breiter Wirtschaftskreise an der Marktschwächung auf. (Sehr richtig! links) Heute ist jede Lohnerhöhung zunächst ungenügend. Die Kommunisten sagen, im Bergbau seien die Löhne vom 9. Februar bis zum 1. Mai unverändert geblieben. Allerdings, aber die Mark war bis zum April auch unverändert. Am 1. Mai kam eine Lohnerhöhung von 30 Proz. für den Ruhrbergbau; am 15. Mai weitere 25 Proz. Lohnerhöhung. Der Lohn stieg also von 12 000 auf 18 000 M. Am 1. Juni gab es 10 000 M., am 5. Juni 15 000 M.; zur Stunde wird verhandelt, und sehr wahrscheinlich wird man sich auf Lohnerhöhungen von durchschnittlich 25 000 M. für das Ruhrrevier einigen. Damit steigt der Durchschnittslohn auf 68 000. Aber ist dadurch die Kaufkraft des Lohnes auch nur um ein Zehntel heraufgebracht? Das einzige Mittel, heute den Abwehrdamm zu erhalten, ist der

Uebergang zu wertbeständigen Löhnen.

Natürlich gehört auch noch manches andere dazu, Opfer des Besitzes usw., worüber ich jetzt nicht zu reden brauche.

Es muß in den Reichstagen der Großhandelsindex, ein großer Wiederbeschaffungsfaktor und ein Faktor für Kulturbedürfnisse eingebaut werden. Der Regierung und den besitzenden Klassen erwächst die Pflicht, die Initiative zu verschaffen, um das Volk vor dem Verflinten ins Elend zu bewahren. (Beifall b. d. Soz.)

Handelsminister Genosse Siering

erklärt, die Lösung der Frage der wertbeständigen Löhne stehe noch nicht fest. Auch die Lehrlingslöhne müßten zum Gegenstand der Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse und der Entscheidung des Demobilisierungskommissars gemacht werden. — Der Handelshaushalt wird genehmigt, der Gehaltswort zur Erhöhung der Staatsbürgerschaft für das Ostpreußenwert A. G. auf drei bis vier Milliarden Mark verabschiedet. — Bei der dritten Beratung des Justizsetats abt

Genosse Kuttner

scharfe Kritik an unserer Justiz, die wahre Bulausbrüche der Rechten hervorrief. Als der Redner an das Feschenbach-Urteil erinnerte und sagte, unsere Proteste gegen Poincarés Blutjustiz müßten wirkungslos bleiben, solange dieses ungeheure Urteil fortbestehe, sprang die Rechte auf, stürzte gegen die Rednertribüne vor und brüllte minutenlang Psui und Schluß. — Als Gen. Kuttner einen Satz begann: „In der Angelegenheit“ rufte Schulz-Neufuß (Komm.): Sprechen Sie über Ihren Prozeß? — Kuttner: Sie wissen, daß ich darüber mit gutem Gewissen reden kann. (Schluß macht wieder Zwischenrufe.) Herr Kollege Schulz, ich habe geglaubt, daß gerade in Ihrer Fraktion doch volles Verständnis für diesen Prozeß herrschen müßte. (Zuruf des Kommunisten Hoffmann.) Nein, Herr Kollege, das haben die Zeugen gesagt, daß das der Erstschöffe gesagt hätte, und wenn die „Kote Hojane“ in diesem Punkte gelogen hat, so ist das nur eine Lüge mehr von vielen. Aber im übrigen habe ich gedacht, daß gerade in der kommunistischen Partei volles Verständnis dafür wäre, daß Betrumfene mitunter sehr gefährliche Menschen sind, und daß man sich gegen sie wehren muß. Und wenn die kommunistische Partei das noch nicht gewußt hat, könnte sie sich vielleicht von ihrem Kollegen Kay darüber belehren lassen, daß man sogar in die Lage kommen kann, seinen eigenen Vater, wenn er betrumft ist und das Leben anderer bedroht, niederzuschlagen. (Sehr richtig! bei den Soz.; erregte Zurufe der Komm.) Ich mache dem Kollegen Kay keinerlei Vorwurf daraus. Aber wenn er sich sogar gegen seinen betrumften Vater wehren kann, dann habe ich wohl auch das Recht, mich gegen einen Betrumfenen zu wehren, der noch dem Erkenntnis-

des Gerichts 15 Menschenleben gefährdet hat, die ich gerettet habe. (Andauernde Zurufe der Komm.) Ueber

Zuchthausentwerfen in Celle und Brandenburg

habe ich nur zu sagen, daß meine Fraktion die Mahregel, die der Leiter des Brandenburgischen Strafvollzugs, Direktor Finkenburg, ergriffen hat, vollkommen billigt; um so mehr, als auch der berühmte Kenner des Strafvollzugs aus dem Hause, Kollege Schmidt, erklärt hat, daß er nicht anders gehandelt hätte.

Hierauf erörtert Genosse Kuttner den Fall des Princaidozenten Dr. Ruge. Dieser hätte dem Oberschlesischen Selbstschutz angehört. Er stand im dringenden Verdacht, daß er dort eine Fremdorganisation eingerichtet habe, die verschiedene Mitglieder des Schutzes beiseite haben soll. Außerdem lagen Anklagen des Hochverrats und verschiedener anderer Sachen gegen ihn vor. Er wurde in Breslau verhaftet; der Amtsrichter entließ ihn aber einen Tag später, ohne das Material gegen Ruge den amtlichen Stellen zu beschaffen, dann wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen, aber Ruge war und blieb verschwunden. Der Justizminister sagte damals, daß gegen den Amtsrichter das Disziplinarverfahren eröffnet worden sei. Ruge ist jetzt plötzlich in München aufgetaucht, nämlich als Zeuge in dem Prozeß Fruchs-Machhaus. Ich möchte nur wissen, ob das preussische Justizministerium, nachdem durch die Münchener Vorgänge der Verdacht, daß Ruge in Oberschlesien Verstecke bezogen hat, sich außerordentlich verstärkt hat, nunmehr die Auslieferung Ruges verlangt wird. Oder ist Bayern für Preußen neuerdings Justizausland?

In der

Frage der bayerischen Volksgerichte

möchte ich das Justizministerium ersuchen, sich den Beschluß des Amtsrichters Popert-Hamburg, eines Richters von Bedeutung, kommen zu lassen, zu prüfen, ob nicht auch in Preußen jedes Rechtsersuchen eines bayerischen Volksgerichtes abgelehnt werden müßte, wenn die bayerischen Volksgerichte nicht zu Recht bestehen. In Sachen hat man sich zu diesem Standpunkt durchgerungen. (Lachen rechts.)

Man hat uns gefragt, warum wir nur gegen inländische Urteile protestierten, warum wir nicht Protest erhoben gegen die Urteile der Franzosen im besetzten Gebiet. Darauf ist zu antworten: Wir haben protestiert und wir protestieren auch heute. Aber unsere Reden sind nicht nur dazu da, um leere Proteste zu sein, sondern es ist unsere Pflicht, mit ihnen dort zu helfen, wo wir helfen können. Auf Poincaré mochen wir mit unseren Reden keinen Eindruck. Aber Unrecht, das durch unsere Justizorgane hier im unbesetzten Gebiet geschieht, zu ändern, dazu sind wir imstande. Und darum müssen wir an dieser Stelle reden, weil wir helfen und bessern können. Wir protestieren zunächst gegen das Urteil, das Schlageter zum Tode verurteilt hat, aber wir warnen davor, einen Mann zum Nationalhelden zu machen, dessen Persönlichkeit durchaus noch nicht als einwandfrei feststeht. (Unruhe rechts.) Ich will von Schlageter selbst nichts sagen, aber gehen Sie in die Umgebung Schlageters (Zurufe rechts), sie wimmelt von Landstreichern und käuflichen Subjekten und Verrätern wie Schneider und Goeje. In dieser Umgebung ist es nicht faul, und noch ist der Punkt nicht aufgeklärt.

wer für die Unterhaltung der Truppe Hamenstein Geld gegeben

hat, und ob die Laten, die hier als wässriger Ueberchwang bezeichnet werden, wirklich nur Laten des Gefühls gewesen sind oder nicht Dinge, die ihre finanzielle Belohnung gefunden haben von einer Stelle, die Sie (nach rechts) besser kennen als ich. (Lebhaftes Zurufe rechts.) Ich warne davor, einen Mann zum Nationalhelden zu machen, der in Danzig mit polnischen Spionen und Spionageorganisationen umgegangen ist und im Verdacht steht, in Danzig Material des Freistates und des Deutschtums an die Polen ausgeföhrt zu haben. In diesen Landstreicherkreisen liegt nicht die Idealgestalt des deutschen Volkes, das sind dieselben Kreise, aus denen die Räuber hervorgegangen sind (lebhaftes Zurufe rechts), die Räuber Rothemann und die Räuber Erbergers. (Stürmische andauernde Unterbrechung und lebhaftes Zurufe rechts.)

Der Redner kommt nun auf den so protestwürdigen

Münchener Schandprozeß gegen Feschenbach

zu sprechen, der verurteilt wurde wegen eines von ihm nicht begangenen Verbrechens des angeblichen Landesverrats, wegen eines Verbrechens, das, wenn es begangen worden wäre, nach dem Urteil eines namhaften Rechtsgelehrten, des Professors Rißinger, bereits verjährt war, als dieser Deutsche verurteilt worden ist, gegen das Gutachten des einzigen Sachverständigen, daß dieser Deutsche verurteilt worden ist, ohne daß ihm genügend Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden war, daß er verurteilt wurde unter dem Vorbehalt eines Richters, der sich wie ein sonatlicher Ankläger gebärdete, daß er verurteilt worden ist von einem Gericht, gegen dessen Spruch es ein Rechtsmittel und sogar das Rechtsmittel der Wiederaufnahme nicht gibt. Es steht fest, daß Feschenbach wegen eines Verbrechens verurteilt worden ist, das, selbst wenn er es begangen hätte, längst verjährt war, als man ihn unter Anklage stellte. (Rufe rechts: Psui Tusch!) Weiter steht fest, daß man dem heiligsten Grundgesetz der Justiz „ne bis in idem“ (nicht zweimal für dasselbe) verlegt hat, weil er bereits einmal unter Anklage gestellt und rechtskräftig abgeurteilt worden ist.

Wenn soviel in einem einzelnen Falle vorliegt, daß ein Unschuldiger verurteilt

worden ist, obgleich die Tat, selbst wenn sie wahr wäre, verjährt wäre, obgleich sie weiter schon einmal abgeurteilt worden ist und es nicht das beständigste Rechtsmittel gibt, dann haben wir alle Ursache, zunächst einmal an unsere eigene Brust zu schlagen und zu fragen — (Andauernde Rufe rechts: Verräter! Psui! — Große Unruhe links und andauernde Zurufe. — Glöde des Präsidenten.)

Prinz Alexander von Hohenlohe hat in der „Vossischen Zeitung“ einen Artikel über diesen Justizmord geschrieben: Wo bleibt ein deutscher Jota? (Zurufe rechts.) Ich frage auch: Wo sind in den Reihen unserer Dichter und Denker die, die den Mut haben, auch wo es unpopulär ist, hier auf den Tisch zu schlagen und zu sagen: Ich klage an! (Beifall bei den Soz. — Zurufe rechts.)

Solange der Justizmord an Feschenbach fortbesteht, solange es weite Kreise unseres Volkes gibt, die nicht die Hand rühren, um einen unschuldig verurteilten Deutschen zur Freiheit zu verhelfen, solange sind zum mindesten die Proteste derer, die nichts gegen einen deutschen Justizmord tun, hinfällig, und insofern wird auch Deutschlands berechtigter Rechtskampf von der Welt nicht gehört werden, wird der berechtigte deutsche Ruf um Recht und Hilfe verhallen. (Unruhe rechts.)

Schaffen wir bei uns im Innern Recht! Das ist die erste und notwendigste Voraussetzung (lebhaftes Zustimmung bei den Soz.), um vor der Welt und der Weltgeschichte auch unser Recht zu erhalten. (Beifall und Handklopfen links. — Psuirufe rechts. — Glöde des Präsidenten. — Anhaltende große Unruhe im Hause.)

Staatssekretär Fröhliche erklärt, er lehne es ab, auf die Vorwürfe über Rechtsbeugung preussischer und deutscher Gerichte einzugehen. (Lebhafter Beifall rechts.) Im Falle Ruge habe ein richterlicher Freilassungsbescheid vorgelegen, so daß dem Antrage der Staatsanwaltschaft, Ruge wieder zu verhaften, nicht stattgegeben werden konnte. Nach neuen Meldungen aus Bayern werde die Verfolgung wieder aufgenommen werden. Die bayerischen Volksgerichte seien in Preußen als gesetzmäßig anerkannt, so daß auch weiterhin ihrem Ersuchen von den preussischen Gerichten

Persönlich bemerkt der Kommunist Kay gegen Kuttner, er habe seinen Vater niemals angegriffen, dieser habe im Gegenteil in einem Selbstmordfall ihn niederschlagen wollen. Der Vater sei nicht an den Folgen seiner Rotweh, sondern längere Zeit danach an einem Bluthurz gestorben. — Genosse Kuttner erwidert, daß in Königsberg ein Kommunist dieselben Behauptungen wie er (Kuttner) aufgestellt habe. (Widerpruch der Komm.) — Kay erklärt, die Ausführungen in Königsberg seien hypothetisch gemacht worden, Kuttner bestreitet das. Er stellt, von stürmischen Schlußrufen der Rechten und der Kommunisten fortwährend unterbrochen, fest, daß er Kay keinerlei Vorwurf gemacht, sondern nur von ihm und seinen Freunden Verständnis für die Lage einem betrumfenen und gewalttätigen Menschen gegenüber gefordert habe. — Abwärts widerspricht Kay, Rede und Gegenrede wechseln, bis schließlich Genosse Heilmann diese Debatte abschließt mit der Feststellung, daß die Deutschnationalen und Kommunisten Kuttner zusammen und gleichzeitig niedertzutrinken versucht haben.

Der Justizhaushalt wird angenommen. Das Haus erledigt dann in später Nacht die dritte Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und des Wohlfahrtsministeriums, worüber wir noch berichten werden.

Neuanpassung der Verbrauchssteuern.

Der Steuerauschuß des Reichstages begann am Freitag mit der Beratung der Vorlagen über die Anpassung der Verbrauchssteuern an die Geldentwertung. Genosse Kell führte über die Stellung der Sozialdemokratie in der Generalausprache u. a. folgendes aus: Die Finanzverwaltung will die Verbrauchssteuern, deren Erhebung infolge der Geldentwertung kaum noch lohnt, wirtschaftlich gestalten und damit die Vorwürfe der Entente entkräften, daß Deutschland nicht ernstlich gewillt sei, seine Steuerquellen voll auszunutzen. Auch wir sind der Auffassung, daß alles getan werden muß, um die Finanzkraft des Reiches zu retten. In dieser Hinsicht hätte bisher zweifellos mehr geschehen können. Unsere Lage wäre nicht ganz so ungünstig, wie sie ist, wenn unseren Wünschen und Vorschlägen auf dem Gebiet der Steuern immer entsprochen worden wäre. Es fragt sich aber, ob das vom Minister bezeichnete Ziel mit den vorgeschlagenen Maßnahmen erreicht werden kann. Es handelt sich hier nur um kleine, bürftige Maßnahmen, um ein halbes Dutzend kleiner Verbrauchssteuern. Was sonst geschehen muß, darüber hat der Minister nicht gesprochen. Er hat kürzlich im Plenum des Reichstages anerkannt, daß die Veranlagung zur Vermögenssteuer schon für das Jahr 1924 nicht mehr zu gebrauchen ist. Wir vermüssen nun die praktischen Konsequenzen, die sich aus der Rede des Ministers vom 7. Juni ergeben. Wie steht es mit den

Vorarbeiten zu einer grundlegenden Änderung im Steuerwesen? Eine mehrjährige Veranlagungsfrist läßt sich in der Gegenwart mit ihrem raschen Wechsel nicht mehr halten. Man muß zu einer kurzfristigen Veranlagung übergehen und sie höchst einfach gestalten. Das ist zu erreichen, indem man bei der Wertermittlung den gemeinen Wert zugrunde legt, anstatt die komplizierten, unübersichtlichen Vorschriften, die heute gelten. Auch für die Erfassung des Vermögenszuwachses gilt das. Ferner hat der Minister bezüglich der Feststellung der Einkommen selbst anerkannt, daß die vor einigen Wochen geschaffenen Paragraphen 33a und b des Einkommensteuergesetzes nicht mehr haltbar sind. Diese Bestimmungen sind von so ungeheurer Wirkung, daß sich manche Steuerzahler scheuen, sie sich ganz zunutze zu machen. Wenn diese Bestimmungen nun aus technischen Gründen für 1922 Anwendung finden müssen, dann dürfen die minderbemittelten Schichten nicht über Gebühr belastet werden. Es kommt noch hinzu, daß die

Abwälzung der Besitzsteuern auf den Verbrauch nie so leicht gewesen

ist wie heute, wo Besitz- und Verbrauchssteuer mehr und mehr ineinander fließen. Der Reichsfinanzminister legt Gewicht darauf, daß die Verbrauchssteuern so gestaltet werden, daß der Entente gegenüber bestehen kann. Ich vermute aber, daß die Entente sich auch für die Besitzbesteuerung interessieren wird. Es müßte übrigens bei Verhandlungen mit der Entente mit Nachdruck auf die grundlegenden Unterschiede des Steuerwesens in Deutschland und den Ententeländern hingewiesen werden, vor allem auf die Belastung des deutschen Verbrauchs durch die Umsatzsteuer und die Kohlensteuer. Solche Generalverbrauchssteuern hat kein Land der Entente. Dann ist festzustellen, daß weite Kreise unseres Volkes einer fortgesetzten Verarmung anheimfallen, daß sich ein Sinken des Reallohnes vollzieht, wie es kein anderes Land aufzuweisen hat, und daß die Zunahme der Krankheiten und Sterblichkeit in Deutschland erschreckend ist.

Nicht nur die Rücksicht auf die Entente verlangt eine grundlegende Änderung unseres Steuerwesens. Wir haben uns selbst zu fragen: Entspricht das gegenwärtige Steuerwesen den Anforderungen der Gerechtigkeit? Die Sozialdemokratie kann diese Frage nicht bejahen. Genügt die Kapitalverkehrssteuer, besonders die Börsensteuer? Bei den ungeheuerlichen Gewinnen, die eine gewissenlose Spekulation ergibt,

könnten die Reichselnahmen bei härterer Heranziehung ohne Schädigung irgendwelcher wirtschaftlichen Interessen wesentlich höher sein.

Hier muß das Reich rücksichtslos zugreifen. Auch andere Steuern können noch ertragsfähiger gestaltet werden, u. a. auch die Schaumweinsteuer, die sehr wohl eine Erhöhung auf 50 Proz. ertragen kann. Der Reichsfinanzminister hat von dem Ziele gesprochen, die

Notenpresse als Quelle der Inflation stillzulegen.

Mit den Vorlagen, die jetzt im Ausschuß zur Beratung stehen, wird dieses Ziel nicht erreicht, ihr Ertrag deckt nicht einmal den Notenbedarf von 1 bis 1½ Tagen. Ist vor Schluß dieses Tagungsabschnittes des Reichstages ein umfassendes Programm für einen durchgreifenden Umbau des Steuerwesens nicht mehr zu erwarten, so müssen wir doch unsere Stellungnahme zu den vorliegenden Steuern davon abhängig machen, wie sich die Regierung zu den von mir vorgelegten Fragen stellt. Je nach der Antwort, die wir erhalten, werden wir unsere Haltung einrichten.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte, daß er den durchgreifenden Umbau der Vermögenssteuer für dringend notwendig erachtet. Er ist mit Kell darin einverstanden, daß die bestehende lange Veranlagungsfrist nicht mehr haltbar ist und kürzere Zeiträume geschaffen werden müssen. Auch beifügt er, daß die Paragraphen 33a und b eine

Begünstigung der Sachwertbesitzer

bedeuten und geändert werden müssen. Aber auch bei den Verbrauchssteuern dürfe nichts unterlassen werden.

Gen. Kell erwiderte zum Schluß der allgemeinen Aussprache u. a., daß die Forderung der Sachwertbesitzer von der Sozialdemokratie keineswegs aufgegeben worden sei. Sie müsse als Bestandteil des Reparationsproblems betrachtet werden, das ohne die Sachwertbesitzer nicht zu lösen ist. Mit den Erklärungen des Ministers werden wir uns nicht begnügen. Von größter Wichtigkeit für unsere Stellungnahme ist auch die Frage, ob das Steuerwesen geeignet ist, die Inflation herabzudrücken.

Hierauf trat der Ausschuß in die Einzelberatung ein. Die Vorlage über die Erhöhung der Salzsteuer auf 10 M. pro kg wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen. Bei der Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen 1 enthielten sich die Sozialdemokraten in Konsequenz der von Kell abgegebenen Erklärung der Zustimmung. Der § 5, der der Reichsregierung das Recht gibt, bei eingetretener Preisveränderung den Steuerfuß höher oder niedriger festzusetzen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, die Streichung beantragt hatte, angenommen.

Infolge technischer Schwierigkeiten erscheint der „Vorwärts“ heute in beschränktem Umfang.

Gewerkschaftsbewegung

Die Inflationsgefahr.

In dem von uns gestern besprochenen Artikel des Syndikus Dr. Weiffinger wird u. a. auf eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums angespielt. Diese Denkschrift ist uns nicht unbekannt. In diesem Monumet der Impotenz, das auf jeden unbefangenen Leser niederschmetternd wirkt, wird gleichzeitig die engstirnigste Politik inflatorischer Privatinteressen vertreten mit einem unerträglichen doktoralen Selbstbewußtsein eine nationalökonomische Sechsbentelei vorgebracht, die in der Weisheit gipfelt, daß die Notenpresse zur Inflation führe. „Die Armut kommt von der Boverte.“

Das Reichsfinanzministerium — ob auch der Reichsfinanzminister, ist uns nicht bekannt — will von wertbeständigen Löhnen nichts wissen. Denn, sagt jene Denkschrift u. a., das führe zu Inflation. Die höheren Löhne führen zu einem größeren Notenumlauf, also zur Inflation. Man läme dadurch in einen fehlerhaften Kreislauf.

Daß das Reichsfinanzministerium, das die Ausgaben des letzten Budgetjahres zu 85 Prozent durch die Notenpresse deckt, das sich bisher jeder deflationistischen Finanzpolitik hartnäckig widersetzt hat, das die Erzberger'sche Finanzreform von Grund auf sabotiert hat, jetzt endlich hinter die Gefahren der Inflationspolitik kommt, zeugt zwar von einer bedingenden Bangsamkeit, aber noch keinem absoluten Stillstand des Denkens. Aber dies nur nebenbei, zur Charakterisierung der Geistesverfassung der hohen Bureaukratie des Reichsfinanzministeriums.

Zunächst eine Feststellung: das Reichsfinanzministerium hat offenbar noch gar nicht begriffen, um was es sich bei den wertbeständigen Löhnen handelt. Es deutet das so um: „Die Arbeiter wollen mehr Geld; mehr Geld aber ist Inflation, also Geldentwertung, also höhere Preise, also wieder mehr Geld usw.“

Wir wollen es dem Reichsfinanzministerium und allen Nachbetern dieses ausgewachsenen Wüßmüßs möglichst klar und einfach sagen: Die Arbeiter wollen nicht mehr Geld, sondern weniger Geld. Sie würden sogar sehr erfreut sein, wenn sie statt der sechsstelligen Lohnzahlen am Freitag simple 30 M. bekämen. Nur müßten es auch wirkliche Mark sein und nicht einige Stück Papier, auf die Herr Havenstein beliebige Zahlen drucken zu lassen das Privileg hat. Da jedoch die Havensteinrubel infolge der Bankrottwirtschaft des Reichsfinanzministeriums täglich geringer eingeschätzt werden, vollzieht sich an allen, die nicht Sachwertbesitzer sind und für ihre Leistungen nur defekte Havensteinrubel bekommen, ein Kiefenbetrug, der sie um den wesentlichen Teil ihrer Arbeit bringt. Und zwar einzig allein zum Nutzen der Sachwertbesitzer, die diese unredlichen Gewinne in fremden Noten „anlegen“, ins Ausland verschleppen, in volkswirtschaftlich unproduktiven Anlagen vergebens usw.

Das hat zu einer unerhörten Verelendung geführt, viel schlimmer als die Verelendung der Kriegsjahre. Denn heute hat der Arbeiter, der Angestellte, der geistige Arbeiter, der Sozial- und Kleinen nur als wirtschaftliche Grundlage nur jene eifrige Papiermark, die infolge der Inflationspolitik des Reichsfinanzministeriums alle, die auf sie gestellt sind, in rasendem, atemraubenden Wirbel in den Abgrund reißt.

Die Unternehmern, der Groß- und der Kleinhandel, die Landwirtschaft und die Schwerindustrie haben ihre Vortehrungen getroffen. Es fällt ihnen längst nicht mehr ein, die Havensteinrubel für bare Münze zu nehmen. Sie rechnen in Dollar, Goldmark, Wiederbeschaffungspreis usw. Und sie haben recht.

Aber weil sie es bisher allein tun, so ergibt sich ganz von selbst, daß die in irgendeiner festen Währung rechnenden Warenbesitzer nicht allein in jeder kapitalistischen Gesellschaft üblichen Gewinna machen, sondern darüber hinaus noch den Gewinn, den ihnen die kombinierte Bankrottwirtschaft des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank zufließt. Das Verfahren ist sehr einfach. Jemand kauft eine Ware. Er kauft zu vielleicht 10 Dollar oder eine andere ähnliche Festwährung. Und er verkauft sie wieder. Natürlich wieder zu 10 Dollar plus einem entsprechenden Gewinn. Als er kauft, geht der Dollar vielleicht 100 000 M., als er verkauft 150 000. Er gab also eine Million Papiermark und bekommt dafür 1 1/2 Millionen.

Man wird einwenden: Ja, das ist eben der Wiederbeschaffungspreis. Gewiß. Und soweit ist nichts dagegen einzumenden. Der vom Reichsfinanzministerium hervorgerufene Betrug beginnt erst jetzt. Denn auf die 1 1/2 Millionen Papiermark schlägt der Warenverkäufer seinen Gewinn.

Siehe wir bescheiden und sagen wir 25 Proz. = 375 000 Papiermark. Er zahlt aber seinen Angestellten und Arbeitern nicht etwa auch zum Wiederbeschaffungspreis, sondern zum Dollarpriß von 100 000 oder noch darunter. Dem Staat zahlt er die Steuern gar zu einem Dollarpriß von vielleicht 3000. Dieser Betrug vollzieht sich tagtäglich.

Nun wehren sich die Arbeiter. Auch sie verlangen den Wiederbeschaffungspreis Inflation! Schreibt das banterotte Reichsfinanzministerium.

Was wird in Wirklichkeit die Folge sein, wenn auch die Arbeit zum Wiederbeschaffungspreis bezahlt werden muß? Der betrügerische Mehrgewinn wird den Warenbesitzern entzogen werden. Die Arbeitererschaft wird nicht mehr von Woche zu Woche, von Tag zu Tag in tieferes Elend versinken. Die Einnahme des Staates aus dem gesteigerten Verbrauch, die eine volkswirtschaftlich nützliche ist, werden steigen. Das Reichsfinanzministerium wird statt die Staatsausgaben zu 85 Proz., vielleicht nur zu 70 Proz. aus der Notenpresse „decken“. Vielleicht wird der Staat gezwungen, da er auch seine Angestellten nach dem Wiederbeschaffungspreis zahlen wird müssen, eine wirtschaftlich vernünftige Finanz- und Tarifpolitik zu machen. Die Notenpresse läme also ganz zum Stillstand. Die Ausgaben wür-

den durch die Einnahmen gedeckt. Das ist allerdings eine Situation, die man sich im Reichsfinanzministerium nicht ausdenken kann. Deshalb das Geschrei, hinter dem weiter nichts steht als Impotenz und kapitalistische Engstirnigkeit.

Lohnstarif der feinkernischen Industrie.

Die feinkernische Industrie schloß am 21. Juni in Nürnberg in freier Vereinbarung ein Lohnabkommen ab, das für die Zeit vom 18. bis 24. Juni eine Effektivloohnerhöhung von 75 Proz. und für die vom 25. Juni bis zum 1. Juli eine solche von 85 Proz. enthält. Dadurch erhöhen sich die tarifliche Einstellöhne der Facharbeiter über 24 Jahre auf 4463 M. Stundenlohn in Groß-Berlin, 4251 M. in Ortsklasse A, 4125 M. in Ortsklasse B und 3995 M. in Ortsgruppe C. Die Affordbasis, die fast durchschnittlich um 25 Proz. im Effektivverdienst überschritten wird, enthält die Sätze 5581 M. für Groß-Berlin, 5315 M. für Ortsklasse A, 5156 M. für Ortsklasse B und 4995 M. für Ortsklasse C. Die im Zeitlohn beschäftigten Facharbeiter haben nach dreimonatiger Beschäftigung ohne Leistungszuschläge als Tarifhöhe Stundenlöhne von 5133 M. in Groß-Berlin, 4890 M. in Ortsklasse A, 4743 M. in Ortsklasse B und 4596 M. in Ortsklasse C. Die sonstigen Arbeiter über 24 Jahre kommen auf 4335, 4127, 4004 und 3882 M. Einstellstundenlohn bei 75 Proz. Ihre Affordbasisätze sind 5418, 5161, 4541, 4405 und 4267 M. im Zeitlohn ohne Leistungszuschlag. Die Facharbeiterinnen über 20 Jahre erhalten als Einstellöhne nach der Reihe der Ortsklassen 2977, 2833, 2749 und 2665 M. Nach dreimonatiger Beschäftigung betragen die Zeitlohnätze ohne Leistungszuschlag 3421, 3259, 3161 und 3063 M. Die sonstigen Arbeiterinnen über 20 Jahre haben Einstellöhne von 2707, 2580, 2501 und 2422 M. Die Affordbasis beträgt 3383, 3224, 3126 und 3029 M. Nach dreimonatiger Beschäftigung erreichen die sonstigen Arbeiterinnen über 20 Jahre 2977, 2837, 2749 und 2665 M. Bei dem Prozentsatzschlag von 85 Proz. erreichen die über 24 Jahre alten Facharbeiter als Einstellöhne 4718, 4494, 4360 und 4224 M. in der Stunde. Die Affordbasisätze sind 5900, 5618, 5450 und 5280 M. Facharbeiter über 24 Jahre im Zeitlohn erhalten ohne Leistungszuschlag 5426, 5169, 5074 und 4858 M. in der Stunde. Dementsprechend erhöhen sich auch die Stundenlöhne für die sonstigen Arbeiter über 24 Jahre und für die Facharbeiterinnen und sonstigen Arbeiterinnen über 20 Jahre. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der niederen Altersklassen stehen in Abständen darunter. 85 Proz. der Beschäftigten der feinkernischen Industrie arbeiten im Afford.

Der Lohn für Glasler beträgt vom 25. bis 30. Juni 8200 M. Dazu kommt die Werkzulage von 82 M., so daß vom 25. ab 8282 M. zu zahlen sind.

Sonnwendfeier der freien Gewerkschaftsjugend. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni begeht die Jugend der freien Gewerkschaften gemeinsam mit der freien Angestelltenjugend im Gelände der Plättberge (unweit Wilhelmshagen) ihre Sonnwendfeier. Alle Darbietungen, Chorgesang, Musik, die Aufführung der Mülligene und Ansprache wird das Werk der Jugend sein. Der Jugend soll es eine Weisestunde werden, aber auch eine Rundgebung für die freigewerkschaftlichen Gedanken. „Regen und Wind, wir achten's gering.“ Jugend heraus!

Neue Bergarbeiterlöhne. Bei den am 22. Juni im Reichsarbeitsministerium begonnenen Lohnverhandlungen für die Bergarbeiter einigten sich die Parteien des besetzten Gebietes dahin, daß mit Wirkung vom 25. Juni ab eine durchschnittliche Lohnerhöhung je Schicht von 25 000 M., das sind etwa 57 Proz. einschließlich der Erhöhung der sozialen Zulagen eintreten solle. Die Verhandlungen für die übrigen Reviere sind noch im Gange.

Passive Resistenz der österreichischen Staatsangestellten. Der Reichsverband der öffentlichen Angestellten beschloß, wegen der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber den Beamtenforderungen ab gestern früh passive Resistenz zu üben.

Wie uns dazu unser Wiener Berichterstatter drahtet, ist diese Organisationsform eine „neutrale“ Körperschaft mit stark deutschnationalem Einschlag. Ihre Mitglieder haben mit der passiven Resistenz begonnen. Dagegen haben sich die Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände geeinigt, den parlamentarischen Weg zu beschreiten. Im Rationalrat begründete Genosse Dr. Otto Bauer eine dringliche Anfrage mit der Forderung, daß die Regierung sofort mit dem Komitee der Beamtengewerkschaften verhandeln solle. Bundeskanzler Seipel erklärte, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen seien, sondern daß sie immer zu Verhandlungen bereit sei, allerdings werde dabei auch das Inbegriß besprochen werden müssen.

Wächung, Holzarbeiter! Am Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 20, Versammlung der GGD-Generalsekretärsversammlung sowie Ortsgruppen. Tagesordnung: „Steuerung der Zentralverwaltung, Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Verbandsausweis.“

Zentralverband der Angestellten. Montag abends 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung des Einzelhandels in den Sophienböden, Sophienstr. 17-18, Schwanenstr. 1. Annahmevertrag des ersten Ablasses; Schaffung eines neuen Tarifes für Juni. 2. Die Frage der wertbeständigen Löhne.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Freizeitliche Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Festung-Museum, Friedrichstraße 13, Vortrag des Herrn Dr. S. Hoff: „Die Verdrängung des Willens“, Gänge willkommen.
Verein deutscher Bodenreformer. Ortsgruppe Groß-Berlin. Große öffentliche Rundgebung am Montag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 49, 10630 Berlin. Um den deutschen Boden! Redner: Ehre vom Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe; Albrecht vom Reichsverband der Kleinrentner; Vertreter der Mieterverbände. Schlußwort Dr. Demaschke.

Wirtschaft

Der Kreisgang der Reichsbank.

Die Wandlungen des Goldbestandes und des Notenumlaufes der Reichsbank sind mit den Bewegungen unserer äußeren und inneren Politik innig verknüpft. Wir geben hier eine kurze Darstellung für die Zeit des Kabinetts Beder-Cuno (Havenstein).

Goldbestand in Millionen Mark		Umlauf in Millionen Mark			
80. Nov. 1922	955	754 086	28. März 1923	839	4 955 634
30. Dez. 1922	955	1 290 095	29. März 1923	889	5 517 919
6. Jan. 1923	955	1 838 500	7. April 1923	839	5 624 112
15. Jan. 1923	955	1 437 779	15. April 1923	820	5 837 964
23. Jan. 1923	955	1 654 574	23. April 1923	765	6 096 062
31. Jan. 1923	955	1 984 498	30. April 1923	702	6 545 984
7. Febr. 1923	955	2 252 968	7. Mai 1923	689	6 723 102
15. Febr. 1923	955	2 708 794	15. Mai 1923	629	7 112 782
23. Febr. 1923	955	3 123 000	23. Mai 1923	629	7 596 645
28. Febr. 1923	955	3 512 787	31. Mai 1923	577	8 563 749
7. März 1923	940	3 871 256	7. Juni 1923	577	9 300 565
15. März 1923	939	4 272 511	15. Juni 1923	577	10 905 092

Bei unserer Tabelle ist zu beachten, daß im Goldbestand nicht berücksichtigt ist, daß wir z. B. zurzeit 180 Goldmillionen Mark in ausländischen Banken hinterlegt haben. Zum Notenumlauf sind noch 12,3 Milliarden Papiermark Darlehensschecks hinzuzurechnen.

Devisenkurse.

	22. Juni		21. Juni	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Preis) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Preis) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	53266.50	53593.50	49625.50	49879.80
1 argentinische Papier-Peso	47630.50	47969.50	45886.—	45614.—
1 belgischer Frank	7182.—	7168.—	6758.—	6792.—
1 norwegische Krone	22648.50	22656.50	21147.—	21953.—
1 dänische Krone	24898.50	24511.50	22743.—	22857.—
1 schwedische Krone	30059.50	30240.50	38516.—	38984.—
1 finnische Mark	3760.50	3772.50	3521.—	3537.—
1 japanischer Yen	65396.—	65064.—	60847.50	61562.50
1 italienische Lire	6144.50	6175.50	5785.50	5814.50
1 Pfund Sterling	626490.—	629570.—	583587.—	586463.—
1 Dollar	135660.—	136340.—	126682.—	127318.—
1 französischer Frank	8354.—	8396.—	7905.—	7945.—
1 brasilianischer Milreis	13985.—	14035.—	13216.50	13288.50
1 Schweizer Frank	24839.—	24461.—	22743.—	22857.—
1 japanische Yenseta	20074.50	20175.50	18802.50	18897.50
100 österr. Kronen (abgefl.)	193.51	194.49	182.54	183.46
1 tschechische Krone	4084.50	4105.50	3835.—	3855.—
1 ungarische Krone	15.55	15.64	14.16	14.24
1 bulgarische Lewa	1745.50	1754.50	1695.50	1704.50
1 jugoslawischer Dinar	1540.—	1554.—	1493.—	1474.—

Polennoten wurden im freien Verkehr mit 125 bis 184 gehandelt.

Briefkasten der Redaktion.

F. A. M. Das ist Ansicht des Artikelverfassers. Die Frage ist zum mindesten kritisch. Das Gesetz bestimmt darüber nichts. — Th. H. 1. Zur Kündigung des Vertrages bedarf es der Zustimmung des Mietungsvertrages. Wir glauben nicht, daß dasselbe der Kündigung zulassen wird. — C. G. 98. Ein Gesetz besteht nicht. Vielleicht richten Sie ein Gesetz an das Preussische Landwirtschaftsministerium in Berlin. — W. C. Kautzka. Von Hohenhausen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Eilert Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiler, Berlin; Sozialdemokratie: R. O. Tischer, Berlin; Wirtschaft: C. G. 98, Berlin; Sonstiges: Fritz Kautzka, Berlin; Wilmersdorf; Unwissen: Th. Gode, Berlin.
Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8. 12.12.1923. 1. Blatt.

Im wahren Sinn genommen?

Dann nehmen Sie für die ganze Familie nur noch Continental-Sohlen und Absätze. Diese sind viel billiger als Leder und halten länger infolge der vorzüglichen Qualität. Verlangen Sie daher ausdrücklich

Continental

Sohlen und Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Zur Aufklärung und Abwehr!

Um den immer wieder, in letzter Zeit besonders stark auftauchenden Gerüchten entgegenzutreten, erklären wir nochmals, daß unsere Firma

ein rein deutsches Unternehmen
mit deutschen Inhabern
deutschen Beamten
deutschen Arbeitern
und rein deutschem Kapital ist.

Unsere Weinbrände verdanken ihre ausgedehnte Verbreitung der hervorragenden Qualität.

Dujardin & Co. G. m. b. H., vorm. Gebr. Melcher

gegründet 1810

Uerdingen a. Rh.

Früherer Ferienbeginn.

Am 30. Juni wird der Unterricht geschlossen.

Durch die unerwartete Nachricht, daß die Eisenbahnfahrpreise vom 1. Juli ab schon wieder, und zwar auf das Dreifache der eben erst erhöhten Juniätze gesteigert werde, ist vielen Leuten die Ferienfreude plötzlich und sehr gründlich verdorben worden.

Mit Rücksicht auf die am 1. Juli eintretende Erhöhung der Eisenbahntarife hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Oberpräsidenten der Provinzen Berlin-Brandenburg, Sachsen, Schleswig, Hessen-Nassau und Süddeutschland, den Ferienanfang zurückzulegen und anzuordnen, daß am 30. Juni der Unterricht geschlossen wird.

Wir zweifeln nicht, daß die Oberpräsidenten von dieser Ermächtigung überall Gebrauch machen werden. Da wird mancher Familienvater wieder Mut schöpfen, die schon aufgegebene Ferienreise nun doch zu wagen.

Zurückgehaltene Kartoffeln.

Die Wucherpolizei hat viele 100 Zentner beschlagnahmt.

Dank privater Anzeigen, nach denen an verschiedenen Stellen Berlins Kartoffeln in einer Gesamtmenge von etwa 450 Zentnern zurückgehalten wurden, verfügte die Wucherpolizei des Polizeipräsidenten über eine größere Menge von Kartoffeln, die in der Rembrandtstraße beschlagnahmt worden waren.

Soweit die offenbar auf amtliche Information zurückzuführende Mitteilung einer Lokalkorrespondenz. Es geht daraus hervor, daß trotz aller amtlichen Dementis und „Aufklärungen“ doch noch größere Bestände an alten Kartoffeln in Berlin vorhanden waren.

Die Kartoffelnappheit in Berlin hat sich in den letzten Tagen noch verschärft. Die Zufuhren sind von Tag zu Tag geringer geworden; am gestrigen Freitag kamen kaum mehr als 20 Waggons mit dem so notwendigen Nahrungsmittel in Berlin an.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Er erinnerte sich solcher Sonntagmorgens aus seiner Knabenzeit in dem alten Quartier. Damals lag noch das alte Beihelschiff zwischen Strandgasse und Charlottenborg und läutete mit seiner kleinen Schiffsglocke zum Gottesdienst.

Ob Ethik jetzt wohl zu Hause in der Amalienstraße saß — wie sie damals, als sie Kinder waren, dageessen und dem Blodengeläut hier im St. Annenviertel gelauscht hatten!

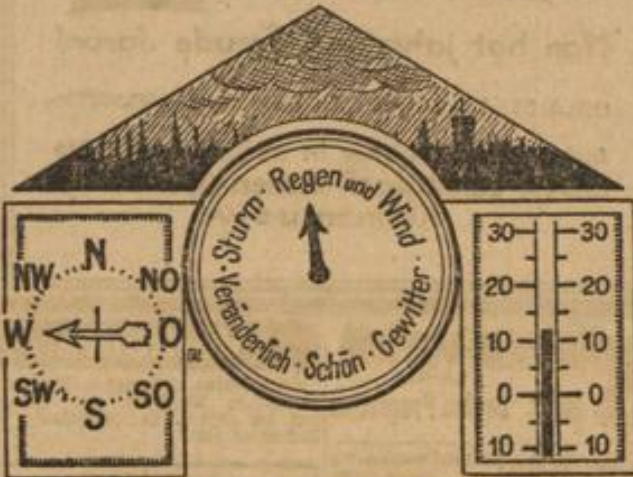
Dieselbe Stille wie damals lag auch jetzt über den alten Straßen. Nur die Luft sang. Alle Schaufenster in Nyhavn waren mit Läden vergeschlossen, die alte Holzbrücke, die über den Nyholmer Kanal nach den Straßen von Gammelholm führte, ertönte nicht wie gestern von rumpelnden Wagen.

Ergebnissen führt. Allerdings muß in diesem Zusammenhang darauf verwiesen werden, daß sich die Landwirtschaft in erster Linie für eine schnelle Befeinerung des Ruhrreviers mit Kartoffeln einsetzt, eine angelegentlich der Lage im besetzten Gebiet vollkommen verständliche Forderung, hinter der die Ansprüche des unbeflegten Gebietes zurückstehen müssen.

Montag neuer Straßenbahntarif.

Die Verkehrsdeputation hat sich gestern den Anträgen der Direktion auf sofortige Erhöhung der Tarife angeschlossen. Danach beträgt der Straßenbahntarif von Montag, den 25. ab 1000 M. und von Montag, den 2. Juli ab 1500 M.

Wetteraussichten für Sonntag.



Am Anfang dieser Woche drang ein umfangreiches Tiefdruckgebiet von Island nach dem europäischen Nordmeer und von dort mit geringerer Geschwindigkeit nach der skandinavischen Halbinsel und der südöstlichen Ostsee vor.

Prozess Köhn.

Es sollen Zeugen gehört werden, die sich nicht getäuſcht fühlen.

Im Laufe der weiteren Verhandlung erklärt der Angeklagte Köhn bei Erörterung über den Begriff des Nettogewinnes, daß er mit 500000 M. Betteinlagen einen Nettogewinn von 47 Millionen Mark erzielt habe.

Drei Stadtoberordneten in einer Woche. In der nächsten Woche finden drei Sitzungen der Berliner Stadtoberordneten statt, und zwar am Dienstag, den 26., Donnerstag, den 28., und Freitag, den 29. d. M., um den Etat unter Dach und Fach zu bringen.

Unsere Abonnenten bitten wir, die Nacherhebung für Juni, 1500 M., den Austrägern bei dem erstmaligen Vorlegen der Quittung zahlen zu wollen, damit den Austrägern die Arbeit erleichtert, und dem Verlag, da die Eintreibung besonders entschädigt wird, Kosten erspart werden.

Ein kostspieliges Abenteuer hatte ein junger Professor aus dem Reich der Mitte. Der Japaner lernte eine Tänzerin kennen, die sich Erna v. Sadow nannte und mit ihm mehrere Lokale aufsuchte, um schließlich in einem Hotel in der Friedridtsstadt zu landen.

Das marktenfreie Brot 7000 M. Am kommenden Montag, den 25. d. M., treten folgende Erhöhungen für marktenfreies Gebäck in Kraft: Brot 7000 Mark, Schrippe 330 Mark, Hörchen, Kaiserbrötchen und Schneden 500 M., Plunder, Plektschen je nach Qualität 800—1000 M., Einbad das Pfund 6000 M., Stiebad das Pfund 7600 M., geriebene Semmel Pfund 5200, als Mindestbetrag 1000 M.

Erhöhte Tätigkeit des Aetna.

Das Städtchen Linguaglossa dem Untergang geweiht. Das Städtchen Linguaglossa wird neuerdings von einem Nebenstrom des Aetna bedroht, der in drei Tagen einen Kilometer zurückgelegt hat und nur noch 1500 Meter vom Städtchen entfernt ist.

Gude sah an der Ecke der Strandstraße eine Schlägerei: Ein Mann mit einem Gesicht, das rot wie eine Beule war, schlug auf ein Frauenzimmer los. Um sie herum standen die Müßiggänger des Quartiers, Zuhälter und Dirnen.

Als Gude an Bord ging, sah er an der Reling achtzehn Fräulein Gerda. Sie war angekleidet, um an Land zu gehen, schien aber zu zögern. Wie gewöhnlich grüßte er. Er sah den erschrockenen Ausdruck in ihren Augen.

Gegen Abend wurde Matti von zwei Männern an Bord gebracht. Er war betrunken und konnte nicht stehen. Die beiden, die ihn trugen, legten ihn auf das Deck. Dort lag er naß, weiß und zerklüftet wie eine Wasserleiche.

Gude sah mit an, um ihn aufzuheben. Das Hemd war zerfetzt, die obliquen Figuren auf seinem Rücken grinsten hell, hinten in der Lende war ein Riß, der sicher von einem Messer herrührte.

zählte, daß sie Matti in einem Korridor hinter den Müll-eimern in der Gasse drüben gefunden und gewußt hätten, wo er hingehörte. Jetzt warteten sie offenbar auf eine Belohnung.

Den einen der beiden hatte Gude schon früher bemerkt, es war ein Herumtreiber des Quartiers, der andere war der Tätowiermann Johnson aus der Hinterstube des Nyhavnkellers.

Er war ein muskulöser, breitrückiger Kerl, in Sonntagszeug mit Kragen. An Wochentagen sah Gude ihn mit Leder-mantelchen und Sippence hinter der Scheibe des „Café Aus-gud“ sitzen, wo er mit Seeleuten Karten spielte.

Sie gingen aufs Deck hinaus. Der Tätowiermann streckte die Hand nach seiner Belohnung aus. In der schmutzigen Handfläche war in blau und rot eine geöffnete kleine Frauen-hand mit langen schlanken Fingern tätowiert.

Der Tätowiermann hob den Kopf. Die breiten blauen Lippen teilten sich, unter den buschigen Brauen schimmerte es. Gude wandte sich um. Der Passagier des Achterschiffes war über der Ruff zum Vorschein gekommen.

Gude fühlte im selben Augenblick die unflätige Tiefe, die hier in Nyhavn ihren Schlußwinkel hatte, in den Kellern, Kloaken, den morschen Pfählen des Bollwerks, den überall rumorenden Ratten, dem schmutzigen Schimmer von Augen, die hinter Müllkästen lauerten und wie Wanzen in einem ungebrauchten Bette wimmelten.

(Fortsetzung folgt.)

